

sgv-Medienkonferenz vom 12. August 2009

Keine Prävention um der Prävention willen, Prävention kann und darf nicht Selbstzweck sein

Natalie Rickli, Nationalrätin

Es gilt das gesprochene Wort

Geschätzte Medienvertreter

Wir leben in einer Zeit, in welcher der Staat auf allen Ebenen den Bürgern vorschreiben will, was wir essen und trinken dürfen, wie und wie oft wir uns bewegen sollen, was für Autos wir fahren und was für Werbung wir sehen dürfen. Nicht mehr die Eigenverantwortung des Bürgers steht im Zentrum, sondern Verbote und Regulierungen. Jeder Lebensbereich ist bald staatlich geregelt: Wir haben ein Rauchverbot und diskutieren ein Chemineefeuerverbot, ein Solarium-Verbot für unter 18jährige oder ein abendliches Ausgangsverbot für Jugendliche. Tankstellen dürfen, wenn es nach dem Seco geht, nachts keine Shopartikel mehr verkaufen, obwohl der Mann oder die Frau hinter der Kasse das Benzin einkassieren darf. Ebenfalls beschäftigt sich der Staat – zum Beispiel in meiner Heimatstadt Winterthur – mit dem Mobiliar für Strassencafés und Gartenrestaurants. In Winterthur gibt es Vorschriften für die Grösse und Farbe von Tischen, Stühlen und Pflanzen; die Anzahl der Menütafeln und es ist verboten, Werbeaufdrucke auf Sonnenschirmen anzubringen.

Der Irrglaube, dass man mit ständig weitergehenden Programmen, Gesetzen oder anderen Restriktionen die ganze Bevölkerung „umerziehen“ kann, ist leider stark verbreitet. Der alte Spruch „Man kann das Pferd an den Brunnen heranziehen, trinken muss es aber selber“ gilt auch heute noch unverändert - gerade im Präventionsbereich. Die Wahlfreiheit für Konsumenten und die Wirtschaft ist ein wichtiges Element unserer freiheitlichen Gesellschaft und Demokratie. Auf der einen Seite darf oder muss der Stimmbürger über Millionen- oder sogar Milliardenvorlagen abstimmen, auf der anderen Seite soll er aber nicht fähig sein, selber zu entscheiden, was er essen oder trinken kann. Neu sollen rote, gelbe und grüne Punkte auf den Lebensmitteln den Konsumenten darauf hinweisen, ob er gesund einkauft oder sich nach Ansicht der Bundesverwaltung nicht optimal ernährt.

Die Annahme, dass höhere Ausgaben für Präventionsmassnahmen zu einer besseren Gesundheit der Bevölkerung führen, ist eindeutig falsch, wie bereits mein Vorredner anhand des Beispiels der USA ausgeführt hat. Umgekehrt führen aber die unverhältnismässigen staatlichen Einschränkungen zu substantiellen volkswirtschaftlichen Schäden und zu gravierenden Umsatzeinbussen. Dies wiederum gefährdet Arbeitsplätze. Dass sich weder der Bundesrat noch das Bundesamt für Gesundheit dessen bewusst sind, zeigt die Antwort auf die Interpellation meines Parteikollegen Spuhler zum Thema „Aktivismus des BAG. Volkswirtschaftliche Schäden und Auswirkungen“ (08.3258).

Nun zu unserer konkreten Kritik am Entwurf für ein neues Präventionsgesetz und zu unseren entsprechenden Forderungen:

1. Neue gesetzliche Regelungen sind nicht notwendig. Bundesrat und Verwaltung vermögen nicht plausibel darzulegen, warum es dieses neue Gesetz braucht

- sgv-Direktor Bigler hat es bereits gesagt: Die vorgeschlagenen Gesetzesartikel sind zum grossen Teil sehr allgemein, unklar oder sogar widersprüchlich formuliert. Leidtragende wären einmal mehr wir Bürger und nicht zuletzt auch das Gewerbe und die KMU, welche neue Auflagen und fiskalische Belastungen in den Betrieben zu gewärtigen hätten. Das Gesetz ist primär eine Grundlage, um den Aktivismus des Bundesamts für Gesundheit zu rechtfertigen.
- Wir müssen die Selbstverantwortung – sowohl bei Erwachsenen als auch bei Jugendlichen – fördern. Staatliche Vorschriften führen zur faktischen Entmündigung der Bürger und sind kontraproduktiv.

- Spezifische Probleme – beispielsweise das Rauschtrinken von Jugendlichen – können und dürfen nicht mit unspezifischen Massnahmen, die die ganze Bevölkerung treffen, zu lösen versucht werden. Dieser untaugliche Versuch wird zwangsläufig Schiffbruch erleiden. Auch muss man primär die Eltern an ihre Verantwortung erinnern, bevor der Staat eingreifen soll.
- Die inländische Wirtschaft darf gegenüber der ausländischen Konkurrenz durch neue, untaugliche Massnahmen nicht weiter und zusätzlich diskriminiert werden.

2. Die Vorlage steht in einem schwierigen Spannungsverhältnis zur Bundesverfassung

- Aus den Vernehmlassungsunterlagen geht nicht klar hervor, ob sich der Geltungsbereich der neuen Regelung nur auf übertragbare oder auch auf nichtübertragbare Krankheiten bezieht. Diese Frage hat jedoch weitreichende Auswirkungen, handelt es sich doch bei Gesundheitsschäden in Folge von übermässigem Alkoholkonsum oder in Folge von Rauchen eindeutig um nichtübertragbare Krankheiten. Gemäss Bundesverfassung hat der Bund keine Kompetenz, im Bereich der nichtübertragbaren Krankheiten zu legislieren. Diese eindeutigen Bestimmungen der Verfassung sind einzuhalten.
- Äusserst problematisch ist schliesslich die Definition des Begriffs „Krankheit“. Nach Auffassung des BAG soll darunter jede Beeinträchtigung der physischen oder psychischen Gesundheit verstanden werden, die nicht die Folge eines Unfalls ist. Ein leichtes Kopf- oder Zahnweh würde also bereits als Krankheit bezeichnet. Eine so weit gehende Definition ist inakzeptabel.
- Sodann ist es verfehlt, weitere Kompetenzen von den Kantonen zum Bund zu verlagern. Der Föderalismus hat sich gerade im Gesundheitsbereich bewährt; Gesundheitsprävention ist in einem kleinen Landkanton anders umzusetzen als in einer Grossagglomeration.

3. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen und Schäden der bisherigen Präventionsprogramme sind genau abzuklären

- Die AWMP beantragt, dass zuerst einmal die volkswirtschaftlichen Auswirkungen und Schäden der Aktivitäten des Bundesamts für Gesundheit genau eruiert werden. Es geht nicht an, dass die Verwaltung wild vor sich her reguliert und der Öffentlichkeit gegenüber keine Rechenschaft über die wirtschaftlichen Folgen ihrer Aktivitäten ablegen muss.

Aus dem Gesetzesentwurf geht weder hervor, was unter einem „Nationalen Programm“ effektiv zu verstehen ist noch wer was tun und was damit erreicht werden soll. Ebenfalls bleibt offen, wer für die Entwicklung, Umsetzung und Finanzierung der Programme zuständig ist. Angesichts des Umfangs und der Komplexität der bisher erarbeiteten Programme sind diese offenen Fragen zwingend abschliessend zu klären. Zusätzlich muss festgelegt werden, dass die auf Bundesebene zuständigen Kommissionen beider Räte, vor allem die SGK-N und die SGK-S, zwingend die Nationalen Programme behandeln, dazu Stellung nehmen und verabschieden müssen.

Fazit: Auf ein neues Präventionsgesetz muss und kann problemlos verzichtet werden.

Ich schliesse mit einem Zitat des französischen Staatsphilosophen Montesquieu:

Wenn es nicht unbedingt nötig ist, ein neues Gesetz zu machen, dann ist es unbedingt nötig, kein neues Gesetz zu machen.

Weitere Auskünfte

Natalie Rickli, Nationalrätin, Telefon 044 914 92 99